Zentraleuropäische Wissenschaftsakademien im Systemkonflikt zwischen Ost und West

Schlussbetrachtung

Herbert Matis und Arnold Suppan

Der von den beiden wissenschaftlichen Mitarbeitern der Österreichischen Akademie der Wissenschaften Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl herausgegebene Sammelband *Die Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg* stellt in mancher Weise eine Pionierleistung dar, liefert er doch erstmals einen breit angelegten vergleichenden historischen Überblick über die „Wandlungen der Wissenschaftslandschaften" (Mitchell Ash) im Rahmen der über vier Jahrzehnte währenden „Systemkonkurrenz zwischen Ost und West" (Feichtinger/Uhl). Die schon eingangs in einem Überblicksartikelkapitel von den beiden Herausgebern gelieferte Zusammenschau lässt manche spezifischen Entwicklungen und Unterschiede, aber durchaus auch Gemeinsamkeiten erkennen. Dargestellt wird dies anhand von Einzeldarstellungen der Akademien in Slowenien (man vermisst allerdings Kroatien und Serbien sowie die gesamtjugoslawische Perspektive), Rumänien, Polen, in der Tschechoslowakei, der Slowakei, in Ungarn, der Deutschen Demokratischen Republik, in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich. In den kommunistischen Ländern mussten die Akademien als Instrumente einer von der jeweiligen Einheitspartei bestimmten Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik fungieren, hingegen konnten sie sich in den westlichen Demokratien sowohl an ihren althergebrachten Traditionen als auch am Vorbild des Wissenschaftssystems der amerikanischen Hegemonialmacht oder auch an anderen westlichen Ländern orientieren.

Dies führte letztlich zur Ausbildung zweier recht unterschiedlicher Akademiemodelle, die einerseits mit ‚Forschungsakademie' und andererseits mit ‚Gelehrtengesellschaft' umschrieben werden können. Die Akademie des seit 1955 neutralen Österreich nahm dabei eine Mittlerstellung ein, fungierte sie doch sowohl als Gelehrtengesellschaft als auch als größter außeruniversitärer Forschungsträger des Landes.

Mit der Machtübernahme der kommunistischen Einheitsparteien in den Ländern des sogenannten Ostblockes setzte eine Umgestaltung der traditionellen Gelehrtengesellschaften in Forschungsakademien nach sowjetischem Vorbild ein – wobei zurecht festgehalten wird, dass schon die Pläne von Leibniz im Zusammenhang mit der Gründung der Russischen Akademie der Wissenschaften deren Betrauung mit Forschungsaufgaben vorgesehen hatten. Was ebenfalls anzumerken wäre, ist das Faktum, dass der in den Jahren 1925–1934 erfolgte Ausbau der Akademie der Wissenschaften der UdSSR sich in modifizierter Form an den Strukturen der deutschen Kaiser-Wilhelm-Institute sowie der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft orientiert hatte.

Es ging bei den Akademien in den kommunistischen Ländern nach 1945 nicht nur um eine Neuorientierung in deren Aufgabenstellung, sondern zugleich auch um eine Änderung der institutionellen Strukturen, des Verhältnisses zum politischen System, der Aufnahmekriterien und Selbstergänzungsmechanismen. Die Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild wurde allerdings nicht zwingend von außen aufgetragen, sondern vielfach durch führende wissenschaftliche Akteure aus eigenem initiiert. Ein Verlust an Autonomie war in allen Fällen damit verbunden. Dies wurde auch dadurch unterstrichen, dass einige Akademien wie z. B. die in Ungarn, Polen und Rumänien ihren nicht unbeträchtlichen Grundbesitz und damit ihre finanzielle Unabhängigkeit einbüßten. Mitchell Ash weist in diesem Zusammenhang allerdings darauf hin, dass die „Sowjetisierung" bzw. „Selbstsowjetisierung" auch neue „Ermöglichungsverhältnisse", also neue Handlungsspielräume für die gleichgeschalteten Akademien geschaffen hat.

Die Akademien nahmen in den kommunistischen Ländern eine zentrale Funktion im Aufbau des jeweiligen nationalen Wissenschaftssystems ein und wurden mehr oder weniger zu den alleinigen Trägern der Forschung, denn letztere wurde an den Universitäten weitgehend marginalisiert, die fortan oft nur mehr als reine Ausbildungsstätten betrachtet wurden. Den Akademien wurde darüber hinaus auch eine Art Schlüsselrolle bei der Mitwirkung am Aufbau des Sozialismus/Kommunismus und bei der Rekrutierung des entsprechenden Kaderpersonals zugeschrieben, weshalb sich sehr häufig Exponenten des politischen Systems auch in akademischen Führungspositionen wiederfanden, etwa der Kunsthistoriker Zdeněk Nejedlý, der von der Position des Unterrichtsministers an die Spitze der neu gegründeten Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften wechselte.

Eine wichtige Rolle bei der Umgestaltung des Wissenschaftssystems kam dabei der Frage der Neugründung versus Kontinuität zu. Die meisten Akademien wurden zum Zweck der Neuorientierung daher auch neu begründet, wobei in diesem Zusammenhang die Periode 1948–1953 als Zäsur zu betrachten ist. Solche Neugründungen erfolgten 1948 in Slowenien und Rumänien, 1949 in Ungarn, 1951 in Polen, 1952 in der Tschechoslowakei und 1953 in der Slowakei. Wichtig war auch, dass man durch Ausschlüsse nach dem Krieg und anschließende Säuberungen und ‚Umfärbungen' während des Kalten Krieges einen personellen Wechsel herbeiführen konnte. Der Verlust an Autonomie wurde vor allem daran deutlich, dass die Akademiemitgliedschaft durch Ernennung und nicht mehr durch Wahl zustande kam. Anfänglich musste man vielfach noch ideologische Kompromisse eingehen, weil zu wenig qualifizierte Kandidaten und Kandidatinnen zur Verfügung standen; auch in den kommunistischen Ländern ging man mit der Entnazifizierung oder in der Frage der Mitgliedschaft ‚bourgeoiser Elemente' recht locker um, was sich aber bald durch die vom Regime gewollte Rekrutierung ‚antiimperialistischer Kollektive' ändern sollte.

Ein besonderes Interesse im Hinblick auf die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West gilt der Situation im geteilten

Deutschland. Es war unmittelbar nach Kriegsende keineswegs ausgemacht, ob und in welcher Weise den Wissenschaftsakademien ein Fortbestand gesichert werden könnte. Es ist bemerkenswert, dass – worauf bereits Conrad Grau in seiner vergleichenden Betrachtung der Akademien in Berlin, München, Heidelberg und Göttingen hingewiesen hat, und man könnte Gleiches auch für die Österreichische Akademie der Wissenschaften feststellen – die Akademien auf unmittelbare Präsenz und die Macht des Faktischen vertrauten und versuchten, möglichst bald ein normales, regelmäßiges wissenschaftliches Leben zu etablieren. Das persönliche Engagement von Mitgliedern und Verwaltungsbeamten erlaubte eine Weiterführung des Betriebes unmittelbar nach der Besetzung durch die Truppen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Man setzte dabei in hohem Maße auf institutionelle und personelle Kontinuität, was sich nicht zuletzt auch in den gegenüber etwa den Universitäten recht verhaltenen Entnazifizierungsmaßnahmen niederschlug.

Deutschland zählte vor dem Zweiten Weltkrieg mit der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (gegründet 1700), der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen (1751), der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig (1846), der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zu München (1759) und der Akademie der Wissenschaften zu Heidelberg (1909) insgesamt fünf Akademien. Die Forschung war entsprechend dem Humboldt'schen Modell vor allem an den Universitäten angesiedelt. Die Akademien waren daher in erster Linie Gelehrtengesellschaften, die gemeinsam im sogenannten Kartell (gegründet 1893) zusammenwirkten, dem auch die Wiener Akademie angehörte. Diese Gelehrtengesellschaften führten ihre Forschungsvorhaben insbesondere im Rahmen von Kommissionen durch. Infolgedessen boten die deutschen Akademien gegenüber größeren Forschungsaufgaben und neueren Forschungsfeldern vor allem der Naturwissenschaften und Technik nicht die adäquaten institutionellen und finanziellen Voraussetzungen. Die Förderung dieser Fächer erfolgte daher im Rahmen der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (heute: Max-Planck-Gesellschaft) und dann

insbesondere durch die 1920 von den deutschen Akademien mitbegründete Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (heute: Deutsche Forschungsgemeinschaft).

Es ist bemerkenswert, dass die ebenfalls zum Kartell gehörende Wiener Akademie hier einen anderen Weg verfolgte und schon am Beginn des 20. Jahrhunderts eigene große Forschungsinstitute wie z. B. das Institut für Radiumforschung und die Biologische Versuchsanstalt Vivarium betrieb, die zunächst durch private finanzielle Zuwendungen initiiert worden waren. Auch öffnete sich die Wiener Akademie schon Anfang der 1920er-Jahre gegenüber der anwendungsoffenen Grundlagenforschung und der Aufnahme von neuen Fächern und erweiterte zu diesem Zweck auch die Zahl ihrer Mitglieder. Das Präsidium der Akademie übernahm auch in den schwierigen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg die Koordination der Hilfsmaßnahmen für die österreichische Wissenschaft, so z. B. 1929 die mit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft vereinbarte Österreichisch-Deutsche Wissenschaftshilfe. Die Wiener Akademie setzte diese Strategie dann ab den 1960er-Jahren konsequent und in breitem Umfang fort. Sie verfügt heute über eine Vielzahl von Instituten, gründete seit Ende der 1990er-Jahre teilweise sogar Großforschungseinrichtungen in Form von GmbHs und wurde damit zum größten außeruniversitären Forschungsträger Österreichs.

Die anfangs angedachte Weiterführung der Preußischen Akademie der Wissenschaften, die sehr bald in Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) umbenannt wurde, scheiterte als gesamtdeutsche Institution, als Nachkriegsdeutschland mit seinen vier Besatzungszonen und den vier Sektoren Berlins ein zentraler Schauplatz des Kalten Krieges zu werden begann. Der aufkommende Ost-West-Konflikt schuf in der Folge aber auch die Möglichkeit einer Transformation der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Richtung ‚Forschungsakademie' – eine Weichenstellung, die einen zumindest für die deutsche Wissenschaftslandschaft bis dahin neuen Akademietypus hervorbrachte.

Während die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den ersten Nachkriegsjahren noch eine relativ kleine Einrichtung darstellte, war ihre künftige institutionelle Struktur bereits grundsätzlich erkennbar. Mit der Gründung der DDR 1949 kam es dann zu einem stetigen Ausbau der Einrichtungen der Akademie und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin fungierte auch als Modell für einige in der Folge entstandenen Ressortakademien, die ebenfalls dem Konzept der ‚Forschungsakademie' folgten. Bereits ab den 1960er-Jahren bestimmten die politischen Vorgaben in hohem Maße auch die wissenschaftsstrategischen Überlegungen: Politik- und Praxisbezug, Politikberatung und Mitwirkung beim Aufbau des Sozialismus galten fortan als wichtige Agenda der nach dem Vorbild der sowjetischen Wissenschaftsorganisation aufgestellten Akademien des zweiten deutschen Staates. Die als „Akademiereform" bezeichnete Umgestaltung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in den Jahren 1968–1972 markiert den Abschluss dieser bereits vorher eingeleiteten Entwicklung: Die damals mit Hilfe drastischer politischer Einflussnahme durchgeführte Reorganisation besiegelte deren zentrale Stellung als staatliche Akademie der Deutschen Demokratischen Republik, was auch durch die im Oktober 1972 erfolgte Umbenennung in Akademie der Wissenschaften der DDR klar zum Ausdruck kam. Diese Einrichtung und das damit verbundene Wissenschaftssystem gingen mit der ‚Wende' 1990 „zugleich mit dem Gesellschaftssystem zugrunde, dem es seine Existenz verdankte und dem es in seiner Grundstruktur – zentralistisch, sehr hierarchisch, multifunktional und politisch durchdrungen von der Staatspartei – durchaus entsprach" (Peter Nötzold in diesem Band). Die Abwicklung durch den deutschen Wissenschaftsrat erfolgte vor allem deshalb, weil das in der Bundesrepublik Deutschland etablierte Wissenschaftssystem, das die als traditionelle Gelehrtengesellschaften organisierten Akademien mit Einrichtungen wie der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft verband, den Institutionstypus ‚Forschungsakademie' nicht mehr benötigte. Im Gegensatz dazu konnten sich die beiden in der ehemaligen DDR ansässigen und

dem traditionellen Akademiemodell einer Gelehrtengesellschaft entsprechenden Akademien, die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina und die Sächsische Akademie der Wissenschaften, die deshalb ihren relativ autonomen Tätigkeitsbereich auch in der Zeit der DDR bewahren konnten, unschwer in dem traditionellen mitteleuropäischen Akademiemodell einer Gelehrtengesellschaft einfügen – die Leopoldina wurde sogar zur deutschen Nationalakademie aufgewertet.

Während der Zeit des Kalten Krieges waren die Kontakte auf gesamtdeutscher Ebene durch die vollzogene Trennung und die Entstehung zweier deutscher Staaten sehr erschwert. Daher konnte die Österreichische Akademie der Wissenschaften als neutrale Begegnungsstätte fungieren und ihre jährliche Feierliche Sitzung bot ab 1962 die einzige Möglichkeit für die Präsidenten der ost- und westdeutschen Wissenschaftsakademien, sich auf neutralem Boden zu treffen. Es war dies oft die einzige Möglichkeit, sich über die deutsch-deutschen sowie die internationalen wissenschaftlichen Akademievorhaben auszutauschen. Aber auch mit vielen ehemals zur Habsburgermonarchie zählenden Nachfolgestaaten entstanden damals neue Kontakte, ja es ist absurderweise so, dass diese damals intensiver waren als noch vor dem Ersten Weltkrieg, in der Zwischenkriegszeit oder auch heute. Das seit 1955 neutrale Österreich und insbesondere die Wiener Akademie übten wirklich eine Art Brückenfunktion aus, in einer Zeit, in der Reisefreiheit und wissenschaftlicher Informationsaustausch äußerst erschwert waren. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften konnte auch mit einer Reihe von Akademien in den kommunistischen Ländern Abkommen schließen, einen Schriftentausch organisieren und gezielt Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Ost und West einladen. Dies kommt auch in etlichen gemeinsamen Publikationen wie etwa den Bänden der *Habsburgermonarchie 1848 bis 1918* zum Ausdruck. Erleichtert wurde dies auch durch die institutionelle Positionierung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die sowohl traditionelle Gelehrtengesellschaft als auch institutioneller Forschungsträger ist und damit eine Zwischenstellung zwischen den beiden während des Kalten

Krieges ausgeprägten Akademieformen einnimmt. Es ist daher nur folgerichtig, wenn die Österreichische Akademie der Wissenschaften nun auch eine Aufarbeitung der Geschichte der zentraleuropäischen Akademien während der Ära des Kalten Krieges und damit weitere Forschungen auf diesem Gebiet angeregt hat. Die Notwendigkeit dazu besteht, denn es wären noch weitere Akademien in die Betrachtung einzubeziehen, der in den einzelnen Beiträgen sehr unterschiedlich erfasste Zeitraum wäre zu erweitern und es sollten wohl auch die Formen der „Abwicklung" der ‚Forschungsakademien' im ehemaligen Ostblock betrachtet werden.

Bald nach Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages im Mai 1955 begannen erste halboffizielle Kontaktnahmen von österreichischen Wissenschaftlern zu Kollegen und Kolleginnen in der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Polen. Der auch für die Wissenschaftsagenden zuständige Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel unterstützte diese Anknüpfung neuer Kontakte, gewissermaßen „unter dem Eisernen Vorhang hindurch". So konnte der damalige Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Ost in Wien, der gebürtige Südmährer Richard Plaschka, bereits 1959 den bekannten Neuzeit-Historiker der Karls-Universität, Professor Josef Polišenský, zu einem Vortrag nach Wien einladen. Polišenský untersuchte damals vor allem die Geschichte des Dreißigjährigen Krieges und legte in späteren Monografien dar, dass sich in der Schlacht auf dem Weißen Berg 1620 nicht ‚Tschechen' und ‚Deutsche', sondern Protestanten und Katholiken aus halb Europa gegenüberstanden: Pfälzer gegen Bayern, Ober- gegen Niederösterreicher, Ungarn gegen Polen, Holländer gegen Wallonen etc. Leider sind diese Forschungsergebnisse nur sehr langsam in das tschechische, österreichische und deutsche Geschichtsbild eingedrungen, vielfach erst nach 1990.

Bereits um die Mitte der 1950er-Jahre schlug die Rockefeller-Foundation österreichischen Stellen vor, eine übernationale wissenschaftliche Organisation zu gründen, die die Erfahrungen aus der Geschichte der Habsburgermonarchie für Entstehung und Zerfall, Leistung und Versagen eines Vielvölkerreiches für das Planen und Handeln in Gegenwart und Zukunft aufbereiten sollte.

Die Geschichte der Habsburgermonarchie sollte gleichsam als ‚Modellfall' für das Funktionieren übernationaler Gebilde in Europa dienen. Diese hochpolitische Fragestellung und Zielsetzung stellte den ersten Anstoß zu einem internationalen wissenschaftlichen Reihenwerk dar, dessen aktueller Band XI *Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg* im Herbst 2016 erschien. Nach einer Informationsreise im Jahre 1957 von Hugo Hantsch, dem Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität Wien, und seinem damaligen Assistenten Fritz Fellner in die USA und dem Besuch von etwa 20 Universitäten beschlossen amerikanische Historiker die Bildung eines United States Committee to promote studies of the Habsburg Monarchy mit Hans Kohn als Vorsitzendem und R. John Rath als Sekretär. Nach weiteren Kontaktaufnahmen von Hantsch in Großbritannien, Frankreich, der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland arbeiteten im Herbst 1958 Johann Christoph Allmayer-Beck, Fritz Fellner und Gerald Stourzh ein 13 Punkte umfassendes Memorandum „Die Habsburgermonarchie und das Problem des übernationalen Staates" aus, das als Grundlage für die weitere Planung diente. Als Gegenstück zum US-Committee wurde im März 1959 im Rahmen der ÖAW eine Kommission für die Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie eingerichtet, die von Hantsch bis zu seinem Tod 1972 geführt wurde und finanzielle Unterstützung vom Unterrichtsministerium erhielt. Bereits auf dem XI. Internationalen Historikerkongress in Stockholm 1960 wurde das Projekt unter Mitwirkung von Franco Valsecchi (Rom) vorgestellt, während die jugoslawischen Historiker Fran Zwitter (Ljubljana), Jaroslav *Š*idak (Zagreb) und Vaso Bogdanov (Zagreb) die durchaus habsburgkritische Monografie *Les problèmes nationaux dans la Monarchie des Habsbourgs* vorlegten.

Gab es auch am XII. Internationalen Historikerkongress in Wien 1965 durchaus noch Polemik um den angeblichen „Völkerkerker" Österreich-Ungarn, so begann sich dieser auch ideologische Gegensatz zwischen West und Ost in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre langsam aufzulösen, wobei auch die Magie der runden Zahl einer sachlicheren Erörterung der letzten 70 Jahre der

Habsburgermonarchie zu Hilfe kam. Stellte bereits 1966 eine von Charles und Barbara Jelavich sowie R. John Rath organisierte Tagung in Bloomington, Indiana, über „The Nationality Problem in the Habsburg Monarchy in the 19th Century" erste Weichen einer sachlichen Zusammenarbeit von West und Ost (vgl. die Beiträge im *Austrian History Yearbook* 3, 1967, 1–3), so bedeutete die internationale Konferenz zum 100-Jahr-Jubiläum des österreichisch-ungarischen Ausgleichs in Pressburg/Bratislava, organisiert von Ludvík Holotík von der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, einen echten Durchbruch zu einer sachlichen Erörterung der Neugestaltung des Habsburgerreiches im Jahre 1867. Zur internationalen Konferenz „Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum" im Oktober 1968 konnten die Veranstalter Richard G. Plaschka und Karlheinz Mack (Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut) rund 200 Teilnehmer, davon 80 aus dem Ausland, begrüßen, wobei Historikerinnen und Historiker aus Frankreich, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn und den Vereinigten Staaten nach Wien kamen. Allein ein Blick in das Inhaltsverzeichnis des 1970 herausgegebenen Sammelbandes bestätigt die Mitwirkung vieler damals an den Akademien und Universitäten in Ost und West führend tätigen Kolleginnen und Kollegen. Für viele Teilnehmer aus der damaligen Tschechoslowakei war es freilich die letzte Auslandsreise für die nächsten zwei Jahrzehnte.

Nach langen internen Diskussionen, aber noch rechtzeitig vor Erscheinen des ersten Bandes, entschloss sich die Philosophisch-historische Klasse der ÖAW auf Antrag der seit 1972 von Adam Wandruszka geleiteten Kommission (Sekretär: Peter Urbanitsch), der seit den späten 1950er-Jahren geplanten Handbuchreihe den Titel *Die Habsburgermonarchie 1848–1918* zu geben. Bereits am von Alois Brusatti herausgegebenen I. Band *Die wirtschaftliche Entwicklung* (1973) wirkten nicht nur Wiener (vor allem Herbert Matis und Karl Bachinger), Grazer und Klagenfurter Wirtschaftshistoriker mit, sondern auch Nachum Th. Gross (Jerusalem), Iván T. Berend und György Ránki vom Geschichtswissen-

schaftlichen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften sowie Ákos Paulinyi, der von Bratislava nach Marburg emigriert war. Am II. Band *Verwaltung und Rechtswesen* (1975) beteiligten sich amerikanische, kroatische, tschechische und ungarische Kollegen mit namhaften Beiträgen. Besonderes Interesse erweckte dann der in zwei voluminösen Teilbänden erschienene III. Band *Die Völker des Reiches* (1980), galt es doch, das noch immer herumgeisternde Gespenst des „Völkerkerkers" endgültig ad acta zu legen. Dies ist einer internationalen Autorenschar aus Großbritannien (R. J. Crampton), Italien (U. Corsini), Jugoslawien (J. Pleterski), Österreich (E. Zöllner, P. Urbanitsch, B. Sutter, F. Gottas, W. Bihl, A. Suppan, G. Stourzh, L. Gogolák), Polen (H. Batowski), Rumänien (Şt. Pascu), Ungarn (L. Katus), der Tschechoslowakei (J. Kořalka, L. Holotík) und den USA (K. Hitchins, D. Djordjević, R. A. Kann) zweifellos gelungen, zählen doch eine Reihe von Beiträgen noch immer zum internationalen historiografischen Standard. Nicht ganz zufällig war an der Beschreibung der *Konfessionen* (Band IV, 1985) kein einziger Osteuropäer beteiligt, sondern lediglich Emanuel Turczynski aus München, der sich den Orthodoxen und Unierten widmete, während Katholiken, Protestanten, Armenier, Juden und Muslime durchwegs von österreichischen Historikern, teilweise ungarischer, slowenischer und kroatischer Herkunft, dargestellt wurden. Der k.u.k. Armee entsprechend zeichneten für Band V *Die bewaffnete Macht* (1987) außer Tibor Papp (Budapest) nur österreichische Historiker verantwortlich. Der VI. Band *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen* symbolisierte hingegen die Zeitenwende um 1990. Wurde der erste Teilband (1989) noch wesentlich von H. Rumpler (Klagenfurt) und F. R. Bridge (Leeds) unter Beteiligung von Budapester und Triester Historikern bestritten, so dominierten Kolleginnen und Kollegen aus Bulgarien (V. Paskaleva, M. Lalkov), Großbritannien (H. Hanak), Frankreich (J. Bérenger), Italien (A. Ara), Rumänien (Şt. Pascu, C. Nuţu), der Schweiz (N. Salzburger, P. Stadler), Serbien (B. Vranešević) und der Tschechoslowakei (J. Kořalka) den zweiten Teilband (1993). Mit dem Ei-

sernen Vorhang waren auch die historiografischen Vorhänge gefallen.

Bereits im Herbst 1976 trafen sich auf Einladung der ÖAW-Subkommission Österreich und Jugoslawien in neuerer Zeit etwa zwei Dutzend Historikerinnen und Historiker aus Jugoslawien und Österreich in Gösing in Niederösterreich, um das Verhältnis der südslawischen Gebiete zur Wiener Zentralgewalt im ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg zu diskutieren. Mirjana Gross (Zagreb) stellte die jugoslawische Ideologie bei den Kroaten vor, Horst Haselsteiner (Wien) die südslawische Problematik im österreichisch-ungarischen Ausgleich, Janko Pleterski (Ljubljana) die Haltung der Slowenen zur Badenikrise, Rüdiger Malli (Graz) die politischen Richtungen bei den Slowenen der Untersteiermark, Arnold Suppan (Wien) die österreichisch-ungarische Regierungspolitik um die Annexion Bosniens und der Herzegowina und Andrej Mitrović (Beograd) die Kriegsziele der Mittelmächte und die Jugoslawienfrage 1914–1918. In seinem Grußwort scheute sich der Doyen der slowenischen Historiker, Fran Zwitter, nicht, auf die Bedeutung der deutschen und österreichischen Wissenschaft für das Studium der österreichischen Slawen hinzuweisen, er merkte freilich auch an, wie sehr schon vor dem Ersten Weltkrieg „die historische Wissenschaft in weitem Maß zu einem Kampfmittel in den nationalpolitischen Auseinandersetzungen“ gewesen war. Zur Frage des Organisationsrahmens der Habsburgermonarchie strich Zwitter hervor, dass es lediglich drei „hoffähige“ Auffassungen gegeben habe: die alte unitaristische Auffassung, die Idee der Föderation der historischen Einheiten und die dualistische Auffassung. Heinrich Lutz fiel bei Durchsicht deutschnationaler Presseäußerungen die zunehmend starke Verwendung von militärischen Metaphern auf wie etwa: „Wenn Marburg fällt, dann ist auch Graz nicht mehr zu halten.“ Pleterski machte in seinem Diskussionsbeitrag die bald politisch aktuelle Bemerkung, dass sich „jedes südslawische Volk […] in der südslawischen Idee die Lösung vor allem des eigenen Problems“ gesucht habe. In einer längeren Diskussion über den Begriff Imperialismus setzte sich mehrheitlich doch die Meinung durch, dass die von

Außenminister Aehrenthal herbeigeführte Annexion Bosniens und der Herzegowina zweifellos einen imperialistischen Akt darstellte, der durch kein Adjektiv abzuschwächen sei. Insgesamt ergaben sich aber in den Diskussionen keine österreichisch-jugoslawischen Auffassungsunterschiede, sondern durchaus innerjugoslawische, innerösterreichische und ‚gemischte'. Von ideologischer Systemkonkurrenz war nichts mehr zu bemerken, wie der 1978 im Verlag der ÖAW erschienene Sammelband unterstreicht. Dies galt auch für die Folgekonferenz im Frühjahr 1984 im Schloss Otočec in Unterkrain (Slowenien). Hierbei fand der Vortrag des Belgrader Kollegen Vuk Vinaver über die Außenpolitik Jugoslawiens in der Zwischenkriegszeit besondere Beachtung, basierten seine Forschungen doch auf stupenden Kenntnissen der diplomatischen Archive in Paris, Rom, London und Belgrad. Das dritte und letzte österreichisch-jugoslawische Treffen im April 1988 in Wien galt dem „Jahrhundert der Eisenbahn", wobei Planung, Finanzierung und Bau von Eisenbahnen auf dem Gebiet der südslawischen Länder bis 1918 zur Sprache kamen. Hierbei zeigte sich ein deutlicher Entwicklungs-Rückstand gegenüber den böhmischen, österreichischen und ungarischen Ländern. Dass Franc Rozman (Ljubljana) in seinen Begrüßungsworten Wien als ehemalige Hauptstadt „für einen erheblichen Teil des heutigen Jugoslawien" ansprach, verstanden die österreichischen Teilnehmer damals noch als Courtoisie, ist aber heute als klare Andeutung eines bereits im Gang befindlichen innerjugoslawischen Auflösungsprozesses zu verstehen.

Einen Meilenstein der Annäherung stellte das erste, von der Historischen Kommission der ÖAW organisierte österreichisch-sowjetische Historikertreffen 1982 in Wien dar. Die bilaterale Erörterung der Napoleonischen Kriege stellte keine besondere ideologische Herausforderung dar, waren doch Österreich und Russland in dieser Zeit meist Bündnispartner. Dies kam nicht zuletzt in den gemeinsamen Schlachten bei Austerlitz 1805 und Leipzig 1813 zum Ausdruck. Überraschender war für die Kollegen aus Moskau und Leningrad der Entwicklungsstand der Wiener Gastronomie und Geschäftswelt. Auf aktuelle österreichische Ex-

portprobleme bei Milch, Butter, Käse und Fleisch hingewiesen, trauten die sowjetischen Kollegen ihren Ohren nicht, hatten die älteren Semester unter ihnen doch offensichtlich noch Berichte aus dem hungernden Wien nach 1945 vor Augen. Beim Gegenbesuch im Frühjahr 1988 in Moskau – Thema waren nun Februar- und Oktoberrevolution 1917 aus österreichischer Perspektive – merkten die österreichischen Teilnehmer unter Führung von Walter Leitsch und Richard Plaschka zwar wenig von Skepsis gegenüber der Reformpolitik Gorbačevs und von Versorgungsengpässen, übersahen aber die bevorzugte Behandlung ausländischer Gäste. Die beiden Tagungen ergaben zwar einen fruchtbaren wissenschaftlichen Gedankenaustausch, trugen aber erst zu einer vorsichtigen systempolitischen Annäherung bei. Die historischen Kenntnisse übereinander übertrafen noch bei weitem die wechselseitigen Kenntnisse der aktuellen Situation.

Versucht man eine Bilanz der Annäherung zwischen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und den Akademien in den Staaten des Warschauer Paktes und des Comecon, so lässt sich für das Jahr 1988 eindeutig feststellen, dass eine Annäherung zur Ungarischen, Slowenischen, Jugoslawischen (bald Kroatischen) und Serbischen Akademie der Wissenschaften bereits weitgehend gegeben war, gefolgt von Kontakten zur Polnischen und Bulgarischen Akademie der Wissenschaften. Gute Verbindungen gab es auch zu einzelnen Forschern der Akademien in Ost-Berlin und Bukarest, während jene nach Prag und Bratislava von der jeweiligen Spitze her noch ideologisch blockiert blieben. Insgesamt bleibt jedoch festzustellen, dass die vielen Partnerschaftsabkommen der ÖAW wesentliche Kontaktnahmen auf kollegialer Ebene erleichterten und dem wissenschaftlichen Dialog in der Zeit des Kalten Krieges sowohl eine beständige quantitative Ausweitung als auch eine qualitative Vertiefung ermöglichten.